

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

Verwaltung die Steuerkraft der Bevölkerung unverhältnismäßig stark in Anspruch nehmen. In ganz ausgezeichnete und eindringlichster Form hat Philippovich diesen Gegenstand in einer Reihe von Veröffentlichungen besprochen. In gleicher Richtung bewegen sich die Ausführungen Siegharts im Herrenhause (19. Sitzung, XXI. Session) und Redlichs in der Budgetdebatte vom 26. Oktober 1911.<sup>2)</sup> Bezirkshauptmann Freiherr von Hohenbruck hat schon im Jahre 1905 auf die über-

<sup>2)</sup> Meisel und Spiethoff, Österreichs Finanzen und der Krieg: „Die Kommission für Verwaltungsreform hat festgestellt, daß die Kosten der staatlichen inneren Verwaltung vom Jahre 1890, in welchem sie 33.7 Millionen betragen haben, bis zum Jahre 1911 auf 110.5 Millionen Kronen gestiegen sind. Dabei stiegen in den Zentralstellen die Personalbezüge von 3.9 Millionen im Jahre 1890 auf 18.4 Millionen Kronen im Jahre 1911, also fast eine Verfünffachung der Personalkosten der Zentralstellen.“ v. Philippovich im Herrenhause, 30. Dezember 1912.

Vgl. Bankarchiv, XIV., 2, S. 22, 1914, die Mitteilung von G. von Philippovich, daß nach einer Erhebung der Kommission für Verwaltungsreform im preußischen Ministerium des Innern jährlich 80.000 numerierte Akten von 35 Juristen und 65 Kanzleibeamten erledigt wurden, und auf einen Akt 7.50 Kronen Gehalt entfallen. Im österreichischen Ministerium des Innern wurden 70.000 Akten von 135 Juristen und 250 Kanzleibeamten erledigt und ein Akt kostet 18.6 Kronen.

Die große Eisenbahnverwaltung würde durch Beseitigung überflüssiger Beamter beträchtliche Ersparnisse für den Haushalt erübrigen können. In der Zentrale ist die Häufung unnötiger Dienststellen so groß, daß sie die Abwicklung der Geschäfte stört und verlangsamt. Aber der Streckendienst ist ebenso überbesetzt, wie auch in den Kreisen der Eisenbahnbeamten zugegeben wird. v. Philippovich teilt (Bankarchiv, a. a. O. S. 22, Anmerkung) folgende Erfahrung aus der Kommission für Verwaltungsreform mit: Zur Zeit des Privatbetriebes waren auf einem Bahnhofe des mährischen Industriegebietes ein Vorstand und sechs Beamte tätig; die Bahn wurde verstaatlicht, und nach einer Reihe von Jahren war bei einer Steigerung des Verkehrs um 50% der Personalstand gestiegen auf 1 Vorsteher, 6 Stellvertreter und 35 Beamte; 17 juristische Beamten machen Streckendienst. Günther (Die Gebarung der österreichischen Staatsbahnen, Wien 1914) berechnet die mögliche Ersparung am Personalaufwande der Eisenbahnverwaltung auf 80 Millionen Kronen jährlich.

Die 1914 eingeführte sogenannte Dienstpragmatik bringt ein automatisches Vorrücken und für 1914/15 eine Gehaltsaufbesserung für die Beamtenschaft von 30 Millionen Kronen.